



Das Recht von Frauen auf Erwerbsarbeit

Zum 8. März, dem Internationalen Frauentag

Den meisten fällt, wenn überhaupt, erst kurz vor oder am 8. März früh ein, dass die Menschheit tatsächlich durch zwei Geschlechter repräsentiert wird. Ach ja, da war doch was und mit schuldbeusster Miene werden dann Blumen eingekauft. Nichts gegen die Blumen. Aber was aufregt, ist die Selbstverständlichkeit, mit der Entscheidungen, Funktionen und Ämter fast ausschließlich durch Männer getragen und verkörpert werden. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer wird als linke Spinnerei in der Gesellschaft abgetan.

Seit Januar 2005 ist Hartz IV in Kraft und damit gleich eine ganze Reihe von Frauen diskriminierende Regelungen. Arbeitslose Frauen werden durch Hartz IV doppelt bestraft: Wenig oder gar kein Geld und kaum Job-Aussichten. Besonders ostdeutsche Frauen werden zum ersten Mal in ihrem Leben von Ehemännern und Lebenspartnern finanziell abhängig. Waren zu DDR-Zeiten fast 80 Prozent der Frauen im arbeitsfähigen Alter erwerbstätig, sind es heute in den neuen Bundesländern gerade noch 58 Prozent.

Durch Hartz IV lösen sich die Ansprüche aus früherer Berufstätigkeit in Luft auf. An die Stelle der Familie tritt das Ungetüm »Bedarfsgemeinschaft«: Wenn der Mann ein Einkommen hat, erhält seine Partnerin gar kein oder weniger Arbeitslosengeld II. Dazu wird die Frau auch noch benötigt, ihre Krankenkasse zu verlassen und sich über den Ehepartner mitversichern zu lassen. Wer

nicht verheiratet ist und kein Arbeitslosengeld II erhält, fliegt sogar gänzlich aus der Krankenkasse.

Zwei Drittel derjenigen, die nach der Einführung des Arbeitslosengeldes II überhaupt keine Leistungen mehr bekommen, sind Frauen. Allein erziehende Mütter müssen, sobald ihre Kinder drei Jahre alt sind, jede Arbeit annehmen. Das Kindergeld wird auf das Arbeitslosengeld II angerechnet.

Das führt zu neuen Abhängigkeiten und zu einer Abschiebung an den Herd oder in den Niedriglohnsektor und in Minijobs. Schon heute werden 70 Prozent der Minijobs von Frauen besetzt. Aber: Minilöhne führen zu Minirenten. Altersarmut ist damit vorprogrammiert, ihr Gesicht ist weiblich!

Der 8. März kann Dank an Frauen sagen, wichtiger ist aber, darüber nachzudenken, wie wir es künftig mit der Gleichstellung der Geschlechter halten wollen. Da ist noch viel zutun.

A.G.

**Allen Frauen
und Mädchen,
allen Muttis und
Omis herzliche Glückwünsche
und ein großes Dankeschön.
Der Kreisvorstand**



IN DIESER AUSGABE

**Irrsinnig –
Rente ab 67
Seite 2**

**Fordernd – DIE
LINKE. im Landtag
Seite 3**

**Festgeschrieben –
Parteiuegründung
Seite 4**

**Zukünftig –
Kitas in MOL
Seite 6**

**Gesichert –
die Kultur-GmbH
Seite 7**

**Zusammengefasst –
Regionales
Seite 7**

Themen der nächsten Ausgabe

Bundesparteitag

**Strausberger Fan-
farenzug**

**Kreisdelegierten-
konferenz**

**Redaktionsschluss
für April-Ausgabe
6. März**

DIE LINKE. macht Gewerkschaftsprotest gegen Rente mit 67 zum Thema im Bundestag

Die Fraktion DIE LINKE. hat eine Aktuelle Stunde anlässlich der Protestaktionen der Gewerkschaften zur Heraufsetzung des Rentenalters beantragt.

Dazu erklärt Dagmar Enkemann, Parlament. Geschäftsführerin: Der Protest gegen die von der Bundesregierung geplante Heraufsetzung des Renteneintrittsalters nimmt an Stärke zu. Die gewerkschaftlichen Aktionen zeigen: In den Betrieben wächst die Wut, dass Rot-Schwarz alle Argumente gegen die Rente mit 67 in den Wind schlägt.

Diese wird nicht nur von einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt.

Von einer »konzeptionslosen Demontage des Rentensystems« sprach auf der Anhörung der Linksfraktion der Bremer Professor Winfried Schmähl.

In der Runde, an der u.a. Klaus Wiesehügel, Vorsitzender der IG BAU, und Gunnar Winkler, Präsident der Volkssolidarität, teilnahmen, waren sich Gewerkschafter, Wissenschaftler sowie Vertreterinnen und Vertreter von Sozialverbänden einig: Die Rente mit 67 ist in der Konsequenz nicht anderes als eine Rentenkürzung.

Sie löst die finanziellen Probleme der Rentenversicherung auf keine zukunftsfähige Weise. Diese rühren vor allem aus der Arbeitslosigkeit und der Zunahme prekärer Beschäftigung her. Mit der Rente mit 67 steuert die Bundesregierung in eine ökonomische, soziale und arbeitsmarktpolitische Sackgasse. Dem wird die Linksfraktion Alternativen entgegensetzen.

Das Rentensystem ist auf Grundlage einer solidarischen Bürgerversicherung weiter zu entwickeln und finanziell aus einer vernünftigen Kombination aus Steuern und Beiträgen zu stärken.

Den Protest Zehntausender Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wie auch ihre Alternativen zur Rente mit 67 macht DIE LINKE. zum Thema im Bundestag.

Sollte die Bundesregierung die Proteste ignorieren wollen, wird sie das somit im Bundestag nicht mehr tun können.

Nein zur Rente ab 67



(Foto Deutscher Bundestag)

Oskar Lafontaine, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., während der Bundestagsdebatte über den Antrag seiner Fraktion »Nein zur Rente ab 67«

20 Millionen Rentnerinnen und Rentner sind unzufrieden, weil sie nicht mehr akzeptieren können, dass in immer größerem Umfang in ihre Besitzstände eingegriffen wird. Aber es sind nicht nur die vielen Rentnerinnen und Rentner, die Sorgen haben, sondern es sind auch die aktiven Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Denn sie haben folgende Perspektive:

Sie können nur immer geringer werdende Rentenzahlungen erwarten und haben die Sorge, dass sie mit 55 keine Arbeit mehr finden und unter Hartz IV fallen.

Sie wundern sich hier, dass die Hälfte der Bevölkerung sagt, dass sie mit dem Funktionieren unserer Demokratie nicht mehr zufrieden ist und dass zwei Drittel der Bevölkerung sagen, dass es ungerecht zugeht. Aber in diesem Hause ist alles eitel Sonnenschein.

Ich möchte für die Rentnerinnen und Rentner, die jetzt zuhören, nicht für Sie; bei Ihnen habe ich die Hoffnung aufgegeben, daran erinnern, dass man die deutsche Einheit über die Abgaben finanziert hat. Damit hat man drei Beitragssatzpunkte zusätzlich in Kauf genommen. Das sind pro Jahr mehr als 25 Milli-

arden Euro. In der Summe hat man 400 Milliarden Euro auf diese Weise umverteilt. Es wäre richtig gewesen, die Vermögenden der Republik heranzuziehen und die Finanzierung nicht den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aufzubürden, die in dieser Republik ihre Knochen hinhalten.

Das zweite Fummeln an der Rentenkasse war die Einführung der Riesterrente, die hier wieder gelobt worden ist. Hier wurde vorgetragen: Die Riesterrente war notwendig, weil sonst die Beiträge nicht mehr bezahlbar gewesen wären. Alle Redner haben aber vergessen hinzuzufügen, dass es hier um die Bezahlbarkeit der Beiträge für die Unternehmer gegangen ist, also um eine Begrenzung der Arbeitgeberbeiträge, und dass der Schwindel darin besteht, dass man den Rest den Arbeitnehmern aufgebürdet hat und dass nur diejenigen die Riesterrente in Anspruch nehmen können, die das Geld für die Beiträge haben. Die Menschen mit einem Niedriglohn von 3,15 Euro können die Beiträge nicht bezahlen. Sie haben zugelassen, dass es in diesem Land Minijobs in ausufernder Weise gibt. Das Ergebnis ist, dass die Sozialkassen immer leerer geworden sind. Jetzt wundern Sie sich und wollen mit Rentenkürzungen reagieren. Sie haben die Probleme doch sozusagen herbeibesprochen, die es jetzt zu lösen gilt.

Ich muss sagen: Die Arroganz und die Selbstgefälligkeit, mit der hier auf die demografische Entwicklung verwiesen wird, ist doch unerträglich. Die eigentliche Frage, die jeder zu beantworten hat, ist: Wie kann man auf ein Realwachstum von 1,4 Prozent und ein deutlich stärkeres Anwachsen der Produktivität mit einer Verlängerung der Arbeitszeit antworten? Wer das tut, muss schon bescheuert sein; das muss ich in aller Klarheit sagen.

Es wird immer wieder gefragt: »Was ist Ihr Gegenmodell?« Ich möchte darauf verweisen, dass die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme über die Arbeitseinkommen zu einer Zeit eingeführt wurde, als die Einkommen zu 90 Prozent aus Arbeitseinkommen und zu 10 Prozent aus Vermögens- und Unternehmenseinkommen bestanden. Mittlerweile hat sich die Welt total verändert. Mittlerweile bestehen die Einkommen zu 60 Prozent aus Arbeitseinkommen und zu 40 Prozent aus Unternehmens- und Vermögenseinkommen; das sind die groben Zahlen. In einer solchen Situation gibt es nur eine einzige Antwort: Man kann die sozialen Sicherungssysteme nicht allein und in erster Linie über die Arbeitseinkommen finanzieren. Wir müssen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen endlich in entsprechendem Umfang zur Finanzierung der Sozialkassen heranziehen.

Wenn Sie wissen wollen, wo das funktioniert, dann sollten Sie in die Schweiz fahren und das dortige Gesetz abschreiben. Dort ist vor vielen Jahren eine Bürgerversicherung eingeführt worden, die Umverteilungselemente enthält und eine vernünftige Basisversorgung der Bevölkerung sicherstellt. Genau das ist unser Vorschlag. Das, was Sie jetzt versuchen, wird letztendlich zu nichts anderem als zu Altersarmut führen.

Eine letzte Bemerkung. Es ist immer davon die Rede, dass Sie große Sorgen in Bezug auf die Jugendarbeitslosigkeit haben. Wenn man aber Lösungen vorlegt, die dazu führen, dass die Älteren gezwungen werden, länger auf dem Arbeitsmarkt zu bleiben, und dies zum Ergebnis hat, dass die Jüngeren später auf den Arbeitsmarkt kommen, dann ist das keine adäquate Antwort.

Familien brauchen mehr

Sie wolle »die Lebensbedingungen für Familien weiter verbessern« – so begründete die SPD ihren Wunsch, Bilanz ihrer Familienpolitik zu ziehen.

Weiter verbessern? Die SPD-geführte Regierung selbst war zehn Jahre lang genau in die andere Richtung unterwegs. Es begann 1996 mit den Kürzungen beim Kita-Personal und den Kita-Öffnungszeiten; der Rechtsanspruch wurde 2000 eingeschränkt - 150.000 Unterschriften dagegen konnten die Regierung nicht zum Einlenken bewegen. Reihenuntersuchungen, Zuschüsse für ambulante soziale Dienste, Lehrerstellen wurden gestrichen. Über 400 Schulen schlossen die Pforten, die Schulwege wurden

lang und teuer.

Sozialticket in Brandenburg? Fehlanzeige! Sozialarbeit an allen Schulen? Keine Chance! Sogar die 70 Stellen für Jugendarbeit wurden gekürzt. Es ging auch anders! Aber alle finanziell unteretzten Vorschläge der Opposition wurden vom Tisch gewischt. Das ist gerade zwei Monate her. Und die Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung? In der Januar-Sitzung für nicht nötig befunden. Dann, vor knapp anderthalb Jahren »Die Brandenburger Entscheidung – Familien und Kinder haben Vorrang!«- mit Ausrufezeichen! - und ein Paket von über 60 Einzelmaßnahmen, Modellprojekten und Modellversuchen. An

sich nichts Falsches. Allerdings: diese könnten und müssten zum Standard gehören, überall! Denn allein mit den punktuellen Initiativen und ehrenamtlichem Engagement wird Brandenburg wohl nicht zur familienfreundlichsten Region Europas werden. Und das ist keine Gering-schätzung des ehrenamtlichen Engagements, wie uns vorgeworfen wurde, sondern eine Kritik an den schwierigen und auch hemmenden Bedingungen, unter denen es ausgeübt wird.

Im Gespräch mit den familienpolitischen SprecherInnen von SPD, Linkspartei und CDU hatten kurz zuvor Vertreterinnen der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände –

und die müssen es wissen – erklärt, dass das Maßnahmenpaket keine wirklich grundsätzliche, positive Dynamik entfaltet. Der landesweite Aufschwung blieb aus, eine konzentrierte Aktion aller Ressorts wurde nicht erkennbar. Das ist die Bilanz.

Für einen ehrlichen, konsequenten Politikwechsel zugunsten der Familien gibt es hingegen eine Chance – nicht in einer Koalition mit der CDU, wohl aber mit breiter Unterstützung aus dem Lande, aus den Städten, Gemeinden und Landkreisen, vor allem von den Familien. Und auch von der Linkspartei.

*Kerstin Kaiser,
Fraktionsvorsitzende*

Aus dem Landtag

Das Solidarprinzip bleibt zunehmend auf der Strecke

Zur Einführung von Wahltarifen und Selbstbehalt in die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin Birgit Wöllert:

Die Gesundheitsreform beginnt zu wirken – mit fatalen Folgen. Finanzstarke, junge, gesunde Versicherte werden die neuen Möglichkeiten nutzen, um Beitragssenkungen oder Rückerstattungen zu erhalten. Letztlich werden dem System aber dadurch Mittel entzogen und die Solidarität in der GKV ausgehöhlt. Die Linkspartei.PDS teilt die Befürchtung von Hausärzten, dass dies auch Folgen für die Versorgung haben wird. Für Menschen mit wenig finanziellen Mitteln könnten Wahltarife und Selbstbehalte als falsche Anreize zum Sparen bei der Gesundheit wirken. Dies wird häufig zum Verzicht auf notwendige Arztbesuche führen und gesundheitliche Probleme hervorrufen, die vermeidbar wären.

Mindestlohn endlich auch in Deutschland einführen

Zur jüngsten Äußerung von Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck in der Mindestlohn-Diskussion erklärt der arbeitsmarktpolitische Sprecher Christian Görke:

Die Einführung eines existenz-

sichernden Mindestlohns, wie sie Ministerpräsident Matthias Platzeck vor kurzem bekundete, ist überfällig. Er hätte bereits vor Monaten einer entsprechenden PDS-Forderung im Landtag zustimmen können. Leider relativierte der Ministerpräsident seine Forderung und sieht erst Handlungsbedarf für den Ge-

setzgeber, wenn einzelne Lohn- und Berufsgruppen eine bestimmte Lohngrenze unterschreiten.

Wie weit soll das Lohnniveau in Brandenburg noch sinken, bevor der Regierungschef handeln will? In 20 der 27 EU-Staaten gibt es verbindliche Mindestlöhne. In Frankreich, Großbritan-

nien, Belgien, Irland, Luxemburg und in den Niederlanden werden Mindestlöhne über 1.200 Euro gezahlt, ohne dass es der Wirtschaft schadet. Wer Vollzeit arbeitet, muss davon auch in Deutschland seinen Lebensunterhalt bestreiten können, und zwar nicht erst in ferner Zukunft.

Behinderte und chronisch kranke Menschen besonders betroffen!

Zur Unterschriftenaktion »Ermäßigte Mehrwertsteuer auf Arzneimittel!« des Sozialverbandes VdK Deutschland e.V. erklärt die behindertenpolitische Sprecherin Ingeborg Koldozeike:

Die Mehrwertsteuererhöhung von 16 auf 19 Prozent führte zu einer weiteren starken Belastung von Versicherten und Patienten. Besonders betroffen sind ältere Menschen mit geringem Einkommen, chronisch Kranke und Menschen mit Behinderungen.

Viele Menschen sind auf Medikamente angewiesen wie auf das tägliche Brot. Für Lebensmittel gilt in Deutschland der ermäßigte Steuersatz von 7 %. Deshalb ist es nur logisch, auf die ebenso lebenswichtigen Produkte, wie Arzneimittel und medizinische Hilfsmittel, den ermäßigten Steuersatz anzuwenden.

Nur das wäre sozial gerecht.



(Foto A. Goldmann)

**10. Landesparteitag
• 1. Tagung**

Beschluss zur Weiterführung der Mindestlohnkampagne
Einreicher: Bernd Sachse, Helga Burgahn – Kreisverband MOL

Der Parteitag beschließt, die Mindestlohnkampagne mit hoher Intensität fortzuführen. Grundlage bilden die Beschlüsse des Parteivorstandes. Der Landesvorstand erarbeitet kurzfristig einen Plan zur Fortführung der Kampagne und untersetzt dies materiell.

Begründung:

Mit der Mindestlohnkampagne haben wir einen Beitrag zu einer breiten gesellschaftlichen Diskussion geleistet. Hier ist insbesondere den beteiligten Abgeordneten unserer Partei und den Mitgliedern unserer Basisorganisationen zu danken. Die Kombination aus parlamentarischen Initiativen und außerparlamentarischen Aktivitäten, eigenen Aktionen und Beteiligung an den Initiativen anderer gesellschaftlicher Kräfte konnte das gesellschaftliche Verhältnis von Ablehnung zu diesem Thema zur eindeutigen Zustimmung umgewandelt. An der Zuspitzung des Themas bis zu gesetzgeberischen Entscheidungen sind inzwischen Befürworter und Ablehner interessiert. Für viele Menschen, insbesondere in Ostbrandenburg, ist die Entscheidung für den Mindestlohn eine Zukunftsentscheidung für ein selbstbestimmtes Leben. Die Einführung des Mindestlohnes hat direkte Auswirkungen auf die Einkommensbedingungen aller Generationen im ganzen Land. Er trägt dazu bei die sozialen Verwerfungen im Land zu mildern.



Am 24./25. März finden zeitgleich in Dortmund die Bundesparteitage der Linkspartei.PDS und der WASG statt, auf denen die Grundsatzdokumente, Statut, Finanzordnung, Wahlordnung und programmatische Grundsätze der neuen LINKEN beschlossen werden.

Neue LINKE. auf dem Papier

Aus der Vereinbarung zwischen Linkspartei.PDS Brandenburg und WASG Brandenburg



Beschluss des 10. Landesparteitags der Linkspartei.PDS Brandenburg

Die Vertragspartner begrüßen die Absicht der Bundesverbände, sich in der Partei DIE LINKE. zu vereinen. Sie beabsichtigen gemeinsam, in einem fairen und gerechten politischen Umgang miteinander, der neue Landesverband Brandenburg von DIE LINKE. zu werden. Angesichts der auf der Bundesebene beider Parteien beabsichtigten Schritte zur Bildung der Partei DIE LINKE. vereinbaren die Vertragspartner gegenseitig folgende eigene Schritte sowie Rechte und Pflichten.

■ 1. Die Vertragspartner erarbeiten gemeinsam die Entwürfe der Gründungsdokumente des Landesverbands von DIE LINKE. Beide Vertragspartner tragen dafür Sorge, dass in ihren jeweiligen Landesverbänden die Gelegenheit zur breiten Diskussion der Entwürfe in der Mitgliedschaft geschaffen wird und Kritik, Anregungen und Meinungen angebracht werden können.

■ 2. Die Linkspartei.PDS verpflichtet sich, die für die Umsetzung des Vereinigungsprozesses bei ihr notwendigen Satzungsänderungen vorzunehmen und auf einem Landesparteitag zu beschließen.

■ 3. Der Gründungsparteitag von DIE LINKE. Landesverband Brandenburg wird zum 8. Sep. 2007 einberufen.

■ 4. Nach der beabsichtigten Verschmelzung auf Bundesebene wird die WASG formal nicht

mehr bestehen. Deshalb vereinbaren die Vertragspartner zur angemessenen Vertretung dann ehemaliger Mitglieder der WASG auf dem Gründungsparteitag von DIE LINKE. Landesverband Brandenburg bereits jetzt folgendes Verfahren.

Die WASG verpflichtet sich einen Landesparteitag durchzuführen. Hierzu wird die WASG einen Delegiertenschlüssel von einem Delegierten pro vier Mitglieder (1:4) beschließen. Auf diesem Landesparteitag wird die WASG die Gründungsdokumente beraten. Die Vertragspartner vereinbaren, dass die Delegierten des Landesparteitags der WASG nach ihrer Wahl neben ihrer Eigenschaft als Mitglieder der WASG eine Basisorganisation beim Kreisverband Brandenburg an der Havel der Linkspartei.PDS bilden werden. Gleichfalls wird bestimmt, dass die Delegierten des 10. Landesparteitags der Linkspartei.PDS die Delegierten des Gründungsparteitags von DIE LINKE. LANDESVERBAND BRANDENBURG sein werden.

■ 5. Die Entwürfe der Gründungsdokumente, die von den Vertragspartnern gemeinsam erarbeitet werden, wird die WASG auf ihrem Landesparteitag am 2. Juni 2007 diskutieren. Die WASG hat das Recht auf ihrem Landesparteitag zu den Gründungsdokumenten Beschlüsse zu fassen, die als Änderungsanträge zu den Gründungsdokumenten formuliert sind. Die Linkspartei.PDS verpflichtet sich, diese Änderungsanträge auf dem Gründungsparteitag einzubringen und sie dort zu behandeln

und einer Abstimmung des Gründungsparteitags zuzuführen.

■ 6. Dem auf dem Gründungsparteitag zu wählenden Landesvorstand (Gründungsvorstand) werden 20 Personen angehören. Davon werden mindestens 20% ehemaliger WASG-Mitglieder sein. Eine Person davon ist für die Position einer/s stellvertretenden Landesvorsitzenden von DIE LINKE. LANDESVERBAND BRANDENBURG zu nominieren. Der Gründungsvorstand wird auf seiner ersten Sitzung den ersten ordentlichen Landesparteitag für Januar 2008 einberufen, auf dem der Landesvorstand neu gewählt wird. Der erste ordentliche Parteitag soll 150 Delegierte haben, wovon 20% ehemals der WASG angehören. Der erste ordentliche Landesvorstand wird in einer Größe von insgesamt 20 Mitgliedern gewählt, wovon mindestens 20% ehemals der WASG angehören.

■ 7. Die Linkspartei.PDS wird die von der WASG benannten Kandidaten für den Gründungsvorstand auf der nächst stattfindenden Sitzung des Landesvorstands bereits in den jetzigen Landesvorstand kooptieren, wenn am 15./16.06.2007 DIE LINKE. auf Bundesebene gegründet wurde.

■ 8. Die Kreisverbandsstruktur von DIE LINKE. Landesverband Brandenburg wird der Kreisverbandsstruktur der Linkspartei.PDS entsprechen. Die Linkspartei.PDS ist in Kreisverbänden organisiert, die den Landkreisgrenzen entsprechen.

■ 9. Die Vertragspartner vereinbaren, dass die Bildung der Kreisverbandsstrukturen von DIE LINKE. Landesverband Brandenburg im Anschluss an den Gründungs-Landesparteitag am 8. Sep. 2007 durch Gesamtmitglieder- oder Delegiertenversammlungen in den jeweiligen Gebieten erfolgt. Die Vertragspartner vereinbaren, auftretende Konfliktfälle einvernehmlich zu regeln. Als Vermittlungsinstanz, die die Konfliktlösung lediglich ohne Entscheidung in der Sache moderiert, sind die/der Landesvorsitzende und seine StellvertreterInnen berufen. Sie können weitere Moderatoren berufen.

Was ist los an der Basis?

Notizen aus dem Kreisvorstand

Es ist eine gute Tradition geworden, dass sich der Kreisvorstand zu seinen monatlichen Zusammenkünften Vertreter einer Parteigruppe einlädt, um zu erfahren, was die Genossinnen und Genossen bewegt. In der KV-Beratung am 5. Februar war Petershagen-Eggersdorf an der Reihe. Der Ort hat mit 49 Mitgliedern eine ziemlich große Gruppe, die sich nach dem Zusammenschluss der beiden Gemeinden ebenfalls vereint hat. Ihr Vorsitzender Wilfried Härtel berichtete, dass die Fraktion der Linkspartei.PDS in der Gemeindevertretung stärkste Kraft ist. Mit Blick auf die Kommunalwahlen 2008 gilt es schon jetzt, Mitstreiter zu finden, die auf der Liste der Linken kandidieren. Dazu werden Ge-

spräche mit Aktivisten geführt. Besonderes Augenmerk gilt jungen Menschen, um sie für eine Mitarbeit zu gewinnen. Hervorzuheben ist, dass die BO nahezu vierteljährlich ein Informationsblatt über ihre Arbeit flächendeckend an alle Haushalte verteilt. Außerdem organisiert sie regelmäßig Veranstaltungen mit Politikern wie Bundestags- und Landtagsabgeordneten zu aktuellen Problemen, die ein breites Echo in der Gemeinde finden. Bei der Kurzeinschätzung des Landesparteitages, der gerade zwei Tage zuvor das Zusammengehen mit der Brandenburger WASG einstimmig beschlossen hat, verständigte sich der Kreisvorstand nochmals darauf, Mitglieder der WASG in den Städ-

ten und Gemeinden in gemeinsame Vorhaben einzubeziehen. Um Kommunalpolitik und Umweltfragen wird es nicht nur bei der bevorstehenden Mandatsträgerkonferenz am 22. Februar und bei der Kreisdelegiertenkonferenz von MOL am 31. März, sondern auch beim traditionellen Friedensfest in Strausberg am 1. September gehen. Genosse Christian Steinkopf, der die Vorbereitungsgruppe leitet, informierte den Kreisvorstand, dass es bei diesem jährlichen großen Treffen in Strausberg über die gewohnten Politikertalkrunden, Lesungen, Musik, Kleinstkunst und Markt hinaus Programme für Kinder und Jugendliche geben wird.

Renate Adolph

Alle an einem Strick – alle an einen Tisch

Am 22. Februar fand die erste Mandatsträgerkonferenz der Linkspartei.PDS MOL statt. Funktionäre unter sich? Mitnichten!

Bei allen letzten Wahlen hat die Linke im Kreis große Erfolge erzielt. Sie stellt eine Bundestagsabgeordnete, vier direkt gewählte Abgeordnete für den Landtag (darunter die Vizepräsidentin und die Fraktionsvorsitzende), sie stellt die stärkste Fraktion im Kreistag und sie stellt vor allem viele, viele Abgeordnete in Städten und Gemeinden.

Natürlich sind die meisten davon auch Mitglieder der Linkspartei, aber viele sind auch als Parteilose über unsere Listen zu völlig neuer Verantwortung gekommen. Sehr engagiert arbeiten aber die einen, wie die anderen. Und die Sorgen, Fragen und Probleme der täglichen Arbeit sind sicher bei allen ähnlich.

Somit ging es bei dieser ersten Zusammenkunft um Informationsaustausch, um Verzahnung, um Erfahrungen und Aufgaben und sicher auch um Sorgen, Fragen und Kontakte. Die »kleinen« Politiker stehen oft in ihren Gemeindevertretungen auf recht einsamen Posten. Wie können die »großen« Politiker da helfen? Was kann im Landtag oder gar im Bundestag für die Kommunen bewegt werden? Und wie kommen Probleme und Fragen aus den Gemeinden nach »oben«? Wie finden wir gemeinsame Positionen? Wie kann man Erfahrungen des Nachbarn nutzen?

Und natürlich war das linke Leitbild für ein anderes Brandenburg ein Diskussionsschwerpunkt. Schließlich sind es doch gerade die Kommunalpolitikerinnen und -politiker unmittelbar vor Ort, die diese Leitlinien im Interesse der Bürgerinnen und Bürger umsetzen wollen und werden.

Es war ein erstes Treffen, in Vorbereitung der nächsten Kommunalwahlen, aber sicher nicht das letzte.

Axel Goldmann

Eitelkeiten einiger Strausberger Herren

oder die Kooperation von Linkspartei.PDS und SPD als Hort des Bösen

Offensichtlich sind demokratische Entscheidungen nur dann gut, wenn sie im Interesse einiger Herren gefasst werden. Wenn das aber nicht geschieht, dann sind es Machtspiele und undemokratische Verhaltensweisen. Jetzt, nachdem die Kooperation von Linkspartei.PDS und SPD ihre sehr breit und öffentlich diskutierten kommunalpolitischen Schwerpunkte in der SVV umsetzt, fühlen sich einige Herren in ihrer Eitelkeit verletzt und bezeichnen dies als »unefektives, blamables politisches Gerangel«. 17 Jahre nach der politischen Wende müsste jedem klar sein, dass demokratische Entscheidungen mit der Mehrheit der Stimmen gefasst werden. Mit ihrem Ja oder Nein bringen die Gemeindevertreter ihren kommunalpolitischen Willen zum Ausdruck und der kann sehr unterschiedlich sein. Wer, wenn nicht gerade die PDS, musste das in den letzten Jahren immer akzeptieren? Ein anderes Verständnis von Demokratie wurde in der letzten Stadtverordnetenversammlung sichtbar. Die Fraktionen von Pro Strausberg und CDU (bis auf einen Abgeordneten) verließen vor der Abstimmung den Saal, um die

Beschlussfähigkeit der SVV in Frage zu stellen. Diesen »demokratischen Akt« gab es schon einmal vor einigen Monaten, als es um den Wald ging – damals mit »Erfolg«. Diesmal half aber diese Art der Abstimmung nicht.

Der Logik einiger Herren folgend, die sich jetzt als »Grals Hüter der Demokratie« verstehen wollen, müssten die Stadtverordneten bei Abstimmungen in der SVV an die Mehrheitsempfehlungen der Fachausschüsse gebunden sein. Ein Blick in die brandenburgische Gemeindeordnung zeigt aber, die Entscheidungen sind ausschließlich der Gemeindevertretung vorbehalten und die Ausschüsse (außer Hauptausschuss) haben lediglich ein Empfehlungsrecht. Diese Empfehlungen sind mit Sicherheit wertvoll für die Entscheidungsfindung, haben aber keinen verpflichtenden Charakter für die Abstimmung in der SVV. Letztlich entscheidet jeder Stadtverordnete nach seiner Überzeugung.

Die Mitwirkung von Beiräten ist auch nach unserer Auffassung ein sehr demokratisches Recht bei der Entscheidungsfindung. Daraus aber ein Automatismus für die Abstimmung in der SVV

abzuleiten, entmündigt die Stadtverordneten und würde Wahlen wohl überflüssig machen. Die Kooperation hat die Empfehlungen des Forstbeirates zur Bildung eines Eigenjagdbezirkes sehr ernst genommen. Der gefasste Beschluss sieht genau dieses vor, bei einer fairen Aufteilung der Flächen mit der Jagdgenossenschaft. Wenn einige jetzt die Ausgestaltung der Rechte für die Beiräte in unserem Vorschlag für die Satzung als zu schwach kritisieren, dann wird die Zwiespältigkeit und Verlogenheit deutlich. Unser Vorschlag für die Einräumung eines Sachkundigen-Status oder mindestens des Rederechtes in den Ausschüssen ist durch andere Stadtverordnete und den Bürgermeister abgelehnt worden.

Die Demokratie hat feste Spielregeln, deren Umsetzung scheint aber in Strausberg für Einzelne nicht ganz so einfach. Und wenn nicht alles so läuft, wie es sich einige vorstellen, dann wird das Gespenst von der »roten Gefahr« an die Wand gemalt – auch ein Stück »Demokratie« in unserer Stadt.

Meinhard Tietz
Fraktionsvorsitzender

»Pakt für die Kinder« –
Jetzt und nicht später

Familienministerin Ursula von der Leyen spricht sich für einen Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige aus und fordert einen »Pakt für Kinder« zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Dazu erklärt Diana Golze, Kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.:

»Kinder profitieren von früher Förderung und dafür muss der Staat auch ausreichende Gelder zur Verfügung stellen. Das war schon immer unsere Position und ich freue mich, dass die Familienministerin die Zeichen der Zeit und die Wünsche vieler Familien erkannt hat und den Ausbau der Kinderbetreuung für die Unter-Dreijährigen voranbringen will. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf einen elternbeitragsfreien Betreuungsplatz für jedes Kind ab der Geburt – unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern. Damit wollen wir auch nicht bis 2010 warten. Ich ermutige die Familienministerin, diese Debatte auch in ihrer eigenen Partei zu führen und die Bedeutung frühkindlicher Bildung und Erziehung in öffentlicher Verantwortung zu betonen. Wir sehen eine große Verantwortung des Bundes bei der Finanzierung des Ausbaus der Betreuungsinfrastruktur. Als Partner für den von der Familienministerin geforderten »Pakt für die Kinder« stehen wir ab sofort zur Verfügung.

Trotz Rechtsanspruch – nur 64 Prozent besuchen eine Kita



(Foto A. Goldmann)

Derzeit gibt es im Landkreis Märkisch-Oderland 118 Kindertagesstätten. 82 davon werden von öffentlichen Trägern (Städte, Gemeinden, Ämter) betrieben, 36 von freien Trägern wie

Elterninitiativen, Vereinen oder kirchlichen Trägern. Der Kreistag hat nun den aktuellen Bedarfsplan einstimmig verabschiedet und damit die derzeitige Ausstattung mit Einrichtungen für die Jahre 2007 und 2008 ausreichend gesichert.

Derzeit besuchen rund 10.000 Kinder im Alter von 0 bis 12 Jahren die Einrichtungen. Das entspricht einem Versorgungsgrad von 66 Prozent. Hinzu kommt die Tagespflege, die sich vor allem im berlinnahe Raum von Jahr zu Jahr weiter entwickelt. Hier werden 1,9

Prozent der Kinder (das sind 311 Mädchen und Jungen) betreut. 2006 gab es 85 Pflegestellen, 2004 waren es erst 43. Hier gibt es aber noch viele freie Plätze, mit denen letztlich der Rechtsanspruch für eine Betreuung gesichert werden kann.

Den höchsten Versorgungsgrad weist die Kreisstadt Seelow auf. Hier besuchen 89,7 Prozent, das sind 429 Kinder, eine Einrichtung. In Strausberg werden 1.593 Kinder in Kitas, im Hort oder in der Tagespflege betreut. Das sind 74,1 Prozent. Den geringsten Betreuungssatz weist das Amt Seelow-Land auf. Hier besuchen in den fünf Gemeinden (davon drei Großgemeinden mit zahlreichen Ortsteilen) »nur« 232 Kinder eine Einrichtung, was einem Versorgungsgrad von 42,7 Prozent entspricht. In Bad Freienwalde liegt der Versorgungsgrad bei 61,8 Prozent (617 Kinder), in Wriezen bei 55,8 Prozent (415) und in Barnim-Oderbruch bei 54,9 Prozent (350 Kinder).

Ein gemeinsamer Jugendverband bei G8-Protesten und Antifa-Kampagnen

8. Bundesdelegiertenkonferenz von [‘solid] – die sozialistische jugend:

Am 27. und 28. Januar fand in Essen die 8. Bundesdelegiertenkonferenz von [‘solid] statt. Druckfrisch zur Konferenz gab es eine Massenzeitung zum G8-Gipfel, die nun 50.000-fach verteilt wird, um junge Menschen für den Protest gegen den Gipfel der Herrschenden zu gewinnen.

Mit einer Satzungsänderung und der Wahl von Aktiven der WASG-Jugend sowie der Jungen Linken Berlin-Brandenburg und Sachsen in den BundessprecherInnenrat vollzog die BDK entscheidende Schritte, um noch vor dem G8-Gipfel im Juni mit WASG-Jugend und Junge Linke-Strukturen einen gemeinsamen Verband zu bilden. Dieser Schritt soll im Mai vollzogen werden.

Für die Vorbereitung dieser politischen Neugründung stellte die Basis den neuen SprecherInnen und Sprechern klare Anforderungen. So sollen Prinzipien wie die Quotierung der Gremien

und das Recht der weiblichen Mitglieder auf Frauenplena weiterhin in der Satzung verankert sein. Im Sinne der verbandsinternen Demokratie sollen gewählte Delegierte das oberste Gremium des Verbandes bilden. Diese sollen keinen Vorsitzenden, sondern einen gleichberechtigten SprecherInnenrat wählen.

Auch das Label [‘solid] wird seinen Platz im neuen Verband finden: »Es wäre dumm, auf einen Namen zu verzichten, der nicht nur auf 50.000 »Aufmucken-gegen-rechts-CDs« gedruckt wurde, sondern seit Jahren bundesweit für linke politische Jugendarbeit steht.«, erklärte ein Delegierter aus Niedersachsen.

Mit hervorragenden Ergebnissen wurden Mariama de Beito Henn von der WASG-Jugend München sowie Moritz Kirchner (Junge Linke Potsdam) und Mat-

tias Wild (Junge Linke Dresden) in den insgesamt achtköpfigen BundessprecherInnenrat gewählt.

Kritische und kontroverse Diskussionen führten die Delegierten über die Solidarisierung mit linken Regierungen in Lateinamerika, die Bekämpfung patriarchaler Strukturen in der Gesellschaft und im eigenen Verband, über Antiamerikanismus und Antinationalismus.

Zum Abschluss der BDK warben Kieler [‘solid]s um Unterstützung für ein CD-Projekt gegen die G8. »Wir haben schon Zusagen von zahlreichen Künstlerinnen und Künstlern, z.B. Mellow Mark, Rantanplan, Yellow Umbrella, Dritte Wahl und Funny van Dannen.«, erläuterte Wiebke von der Projektgruppe den aktuellen Stand. »Damit wir die CD 20.000 mal produzieren und kostenlos verteilen können, brauchen wir aber noch eine Menge Unterstützung und Spenden.« [‘solid] Brandenburg

Antrag

der Fraktion der Linkspartei. PDS im Landtag Brandenburg

Kinderrechte in die Verfassung

Der Landtag möge beschließen: Die Landesregierung setzt sich im Bundesrat für die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz ein.

Begründung:

Mit der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention hat sich die Bundesrepublik verpflichtet, Kindern und Jugendlichen zu garantieren, dass sie als eigenständige Personen das Recht auf Achtung ihrer Würde sowie auf Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit haben. Die Rechte von Kindern und Jugendlichen als Grundrechtsträger und eigene Rechtspersönlichkeiten sollten in diesem Sinne in das Grundgesetz aufgenommen werden.

Kreis macht kurzfristig Geld locker



(Foto A. Goldmann)

Die Kultur GmbH des Kreises MOL ist finanziell in einer schwierigen Lage. Die jährliche Förderung von 1,5 Mio. Euro ist die einzige freiwillige Ausgabe des Kreises. Nun hat der Kreistag beschlossen, diese Mittel als einzige nicht zu kürzen. Besonders Bad Freienwalde hat mit

dem Oderlandmuseum, dem Schloss und dem Brandenburgischen Freilichtmuseum einen großen Anteil an der zehn Jahre währenden Erfolgsgeschichte der Kultur GmbH. Neben den musealen Einrichtungen in der Kurstadt gehören das Brecht-Weigel-Haus in Buckow, das Museum Seelower Höhen, die Kreismusikschule und das Kreiskulturhaus in Seelow zum Bestand der Kultur GmbH.

Das Oderlandmuseum bietet eine im vergangenen Jahr neu eröffnete ständige Ausstellung zur Geschichte der Stadt Bad

Freienwalde. Als eines der ältesten historischen Museen des Landes kann es 30.000 Sammlungsstücke aufweisen.

Als ein Kleinod preußischer Landbaukunst hat sich das Schloss die Bewahrung des Erbes seines einstigen Besitzers, Walther Rathenau, zur Aufgabe gemacht. Das Brandenburgische Freilichtmuseum in Altranft ist ein Agrarmuseum mit breit gefächerten Angeboten, das jährlich 28.000 bis 30.000 Besucher zählt.

Ziel eines Museums ist eigentlich das Sammeln, Bewahren, Forschen und Vermitteln. Da aber auch hier die Kassen recht leer sind, sind diese Ziele immer weniger zu erreichen.

Lutz Amsel, dritter Beigeordneter des Landkreises und als Linkspolitiker zuständig für Kultur, lobt die gute Zusammenarbeit mit der Stadt Bad Freienwalde, die stets nach konstruktiven

Lösungen sucht. So wurde das Bad Freienwalder Schloss mit Mitteln der Städtebauförderung saniert. Auch dank des Engagements von Lutz Amsel hat der Kreis jetzt trotz seines knappen Haushalts kurzfristig Eigenmittel zur Sanierung des Teehäuschens zur Verfügung gestellt. Diese werden neben Geldern aus der Reemtsma-Stiftung bis Ende 2008 verbaut.

Die Kosten beziffert Amsel mit einer »sechs- bis siebenstelligen Summe«. Das Engagement des Landkreises ist auch darauf zurückzuführen, dass die Kurstadt im Zug der neuen zentralörtlichen Gliederung den Status eines Mittelzentrums erhalte. »Dadurch lässt sich einiges in Angriff nehmen, um den Standort Bad Freienwalde attraktiver zu gestalten«, sagte der Beigeordnete. Die neue Gliederung hat somit für einige Kommunen auch gute Seiten.

Axel Goldmann

REGIONALES

Bad Freienwalde

Immer weniger Einwohner

Die Zahl der Einwohner in Bad Freienwalde einschließlich der sechs Ortsteile soll laut Statistik bis 2020 auf 11.300 sinken. Der Einwohnenschwund beträgt seit drei Jahren durchschnittlich 185 Menschen pro Jahr.

Zwar wurden im vergangenen Jahr 90 Neugeborene in Bad Freienwalde angemeldet, demgegenüber registrierte das Standesamt aber 166 Sterbefälle.

Für die Kurstadt wird ein Einwohnerverlust von 15 Prozent zwischen 2003 und 2020 angenommen. Hauptgrund ist sicher, dass die Zahl der Geburten deutlich niedriger als die der Sterbefälle ist. Aber wie in ganz Ostbrandenburg ziehen, durch die wirtschaftliche Situation bedingt, auch viele junge Leute dorthin, wo sie Arbeit finden.

Obwohl die Stadt 466 Zuzüge verzeichnete, zogen doch aber auch 571 Leute weg. Aber immerhin gab es 2004 und 2006 auch jeweils 45 Eheschließungen in der Kurstadt. Im Jahr 2005 gaben sich sogar 49 Paare das Ja-Wort. Für das Jahr 2007 sind bereits 20 Hochzeiten angemeldet worden.

Güstebieser Loose

Leinen los am 12. Juni

Die Oderfähre wird am 12. Juni (endlich) mit einem großen Fest eingeweiht. Dazu werden mindestens 5.000 Besucher erwartet. Die Arbeiten am Fähranleger sind bereits abgeschlossen.

Die neue Brücke am Oderdeich wird bis zum 15. April fertig und der Parkplatz geplant. Auch für öffentliche Toiletten und Touristeninformationen wird gesorgt. Um bei künftigen Unfällen schneller eingreifen zu können, ist die grenzüberschreitende Hilfeleistung zwischen den freiwilligen Feuerwehren in Polen bzw. Brandenburg vereinbart worden. Die Feuerwehr in Neulewin wird dazu mit einem Boot ausgestattet. Damit die Fähre auch einen Namen erhält, sind Bürger zur Namensfindung aufgerufen. Vorschläge an das Amt Barnim-Oderbruch, Telefon (033456) 39960

Waldsiedersdorf

Wenig Interesse an Mitbestimmung

Da es immer wieder mal Diskussionen gegeben hatte, die Geschwindigkeit im Ort auf 30

Kilometer pro Stunde zu beschränken, organisierten die Gemeindevertreter eine Bürgerbefragung. Die Resonanz darauf war allerdings nicht sehr groß.

Das Meinungsbild der sehr wenigen Zuschriften ist dann auch noch so unterschiedlich gewesen, dass die Gemeindevertreter beschlossen haben, die bisherigen Regelungen beizubehalten.

Waldsiedersdorf

Aus für Forstinstitut?!

Wegen der geplanten Schließung des Forschungsstandortes waren die Brandenburger Bundestagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE., Dagmar Enkelmann und Kirsten Tackmann, bereits im Dezember vor Ort und forderten gemeinsam mit der Landtagsabgeordneten Renate Adolph Ministerpräsidenten Platzek auf, dagegen vorzugehen. Bislang waren aus der Landesregierung nur ehrerbietige Offenbarungseide, man könne nicht anders, aber die Forschung würde doch nicht ganz eingestellt, zu vernehmen.

»Wir wenden uns gegen die geplante Schließung des Forschungsstandortes. Gleichzeitig

fordern wir die Landesregierung auf, sich beim Bundeslandwirtschaftsminister für die Erhaltung des Standortes einzusetzen. Ministerpräsident Platzek soll Druck auf die Bundesebene machen und um die Brandenburger Agrarforschungsstandorte kämpfen.«

Die Abgeordneten wollen eine Anhörung im Bundestagsausschuss für Ernährung und Landwirtschaft beantragen und ermunterten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, mit ihrem Anliegen an die Öffentlichkeit zu gehen.

Die Bundesanstalt für Forst- und Holzwirtschaft (BFH) soll aus Kostengründen nach Grosshansdorf bei Hamburg verlegt werden. Die 28 Beschäftigten würden entweder abwandern oder arbeitslos. Das würde die ohnehin strukturschwache Region belasten. Wichtige Forschungsprojekte für die Region, so die Untersuchung der trockenbeständigen Kiefern, sind an die Bedingungen vor Ort gebunden und können nicht verlagert werden.

»Hier zeigt sich ganz klar, dass nicht sach- sondern haushaltspolitische und realitätsfremde Argumente dominieren«, beklagte Tackmann.

**LINKE-Bürgerbüros
der Abgeordneten**

■ **Dagmar Enkelmann – MdB**
15344 Strausberg, Wallstraße 8
Mitarbeiter: Bernd Sachse
Tel.: 0 33 41 / 30 39 84
Fax: 0 33 41 / 30 39 85
Mo. – Do. 9.00 – 16.00 Uhr
Freitag nach Vereinbarung
dagmar.enkelnann@wk.bundestag.de

■ **Kerstin Kaiser – MdL**
15344 Strausberg, Wallstraße 8
Mitarbeiterin: Helga Burgahn
Tel.: 0 33 41 / 49 77 11
Fax: 0 33 41 / 30 39 85
Mo. – Do. 8.00 – 16.00 Uhr
buergerbuero.mdl@ewetel.net

■ **Wolfgang Heinze – MdL**
15306 Seelow, Fichtenweg 4
Mitarbeiter: Uwe Hädicke
Tel.: 0 33 46 / 88 41 21
Fax: 0 33 46 / 88 41 59
Mo. 8.00 – 10.00 Uhr
oder nach Vereinbarung
heinze-seelow@web.de

■ **Gerlinde Stobrawa – MdL**
16259 Bad Freienw., Grünstr. 8
Mitarbeiter: Joachim Fiedler
Tel.: 0 33 44 / 30 13 55
Mo. – Mi. 9.00 – 13.00 Uhr
Do. 9.00 – 17.00 Uhr
Fr. 9.00 – 12.00 Uhr

■ **Renate Adolph – MdL**
15366 Hoppegarten, OT Hönop
Mahlsdorfer Str. 61 / HEP
Mitarbeiterin: Helga Hummel
Tel.: 030 / 99 27 47 49
Fax: 030 / 99 27 47 43
Mo., Mi., Do. 14.00 – 18.00 Uhr
renate@adolph.de

LINKE-Geschäftsstellen

■ **STRAUSBERG**
Große Straße 76
15344 Strausberg
Tel.: 0 33 41 / 31 17 96
Fax: 0 33 41 / 31 47 75
www.pds-mol.de
Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 8.00 – 12.00 Uhr

■ **SEELOW**
Breite Straße 9, 15306 Seelow
Tel./Fax: 0 33 46 / 4 17
www.pds-seelow.de
Öffnungszeiten:
Mo. und Mi. 9.00 – 12.00 Uhr
Di. 9.00 – 12.00 Uhr
15.00 – 17.00 Uhr

■ **BAD FREIENWALDE**
Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Tel./Fax: 0 33 44 / 34 66
Öffnungszeiten:
Di. 9.00 – 11.30 Uhr
14.00 – 16.00 Uhr

Malerei des Künstlers Hannes Schüler



(Foto H. Pocher)

Hannes Schüler, der Maler aus Hoppegarten, ist ein Wirklichkeitsmensch. Seine Bilder in Acryl, Öl und anderen Techniken sind keine liebevollen Erzählungen, sondern eine Interpretation von gesellschaftlichen Verhältnissen. Schon die Titel seiner meist großformatigen Gemälde, wie »Jugend«, »Geburt«, »Prekariat oder »Frankreich« lassen die Tendenz zur realistischen Kunst erkennen. Das Interesse am Zeichnen entdeckte Hannes Schüler schon im Kindesalter. Später begeisterte er sich für Graffiti. »Zu diesem Zeitpunkt war die Szene noch überschaubar und die Sprüher übten fleißig zu Hause. In der heutigen Zeit, in der Graffiti und HipHop-Kultur zu einer Hypermodesperte herangewachsen sind, hat sich die Qualität von

Graffiti enorm verschlechtert und wirkt oft nur noch als Schmiererei«, behauptete Hannes Schüler. Diese Gründe und auch die richterliche »gelbe Karte« führten dazu, dass er die Sprühdose gegen den Pinsel tauschte. Die konventionelle Kunst hatte er ja nie aus den Augen verloren. In seinen Bildern setzte er sich meist mit politischen Themen auseinander, wobei die Beziehung Mensch – Politik und deren Auswirkung im Vordergrund steht. Nun will der Autodidakt Schüler sich auch professionell an einer Kunsthochschule ausbilden lassen. Ein dankbares Publikum genoss gemeinsam mit Dagmar Enkelmann die Ausstellungseröffnung und war begeistert von der Mu-

sik des 9-jährigen Johannes Roggenbruck, der mit seinem stolzen Opa Sigmund Jähn gekommen war, um auf dem Keyboard die Vernissage zu umrahmen.

Die Ausstellung im LinksTreff ist Montag bis Donnerstag von 8 bis 16 Uhr geöffnet.

Heinz Pocher

Die Genossen aus Buckow, viele Bürger der Stadt, Freunde und Bekannte trauern um Peter Gundlach, der am 9. Februar, im Alter von 47 Jahren, an einer Krebserkrankung verstorben ist. Er war Abgeordneter mit dem Mandat unserer Partei und langjähriger Betreiber des Buckower Park Theaters. Peter Gundlach hatte sich tatkräftig um die Förderung von Kunst und Kultur in Buckow verdient gemacht und maßgeblichen Anteil an der Gründung des Vereins zur Erhaltung der Buckower Kleinbahn. Zudem galt Peter weithin als Buckower Original. Seine humorvollen Kommentare zur Einleitung der Filmvorführungen waren Legende. Viele, viele Gemeinsamkeiten verbanden uns. Peter hat in unseren Erinnerungen einen unauslöschlichen festen Platz. Die Linke.PDS

TERMINE – VERANSTALTUNGEN – AUSSTELLUNGEN MÄRZ 2007

7., 18.00 Klub am See, Strausberg – »20-Jährige werden nicht geboren! Alternative Gedanken zum demografischen Wandel.«
8., 18.00 LinksTreff Matthias Krauß zu Gast bei Kerstin Kaiser
BUCHLESUNG: »Das Mädchen für alles« Was sie unbedingt über Angela Merkel wissen sollten
14., 18.00 Ausstellungseröffnung im LinksTreff Zu Gast bei Kerstin Kaiser: Regina Ahrendt, Malerin aus Strausberg

15., 18.00 LINKE GESPRÄCHE im LinksTreff »Meinungsaustausch zu den Gründungsdokumenten der Linkspartei« Mit Katina Schubert, stellv. Bundesvorsitzende
18., 10.00 Begegnungsstätte Puschkinplatz Seelow »Steigende Gaspreise – wie kann ich mich wehren?«
31., 9.00-13.00 Kulturhaus Seelow, Kreisdelegiertenkonferenz
April 02. 19.30 Dagmar Enkelmann in Petershagen

Giebelseehalle und am 03. 18.00 in Stausberg, Wriezener Straße (Versammlungsraum des Fannfarenzuges)- öffentliche Mitgliederversammlung »Die Linksfraction im Bundestag – was läuft denn da?«
Mai 02. 18.00 Klub am See – »Meet the revolution« Dagmar Enkelmann und Gerado Peñalver Portal (Botschafter der Republik Kuba »Die kubanische Revolution und der Sozialismus im 21. Jahrhundert«

IMPULSE

www.pds-mol.de

Herausgeber:
Kreisvorstand der Linkspartei.PDS – MOL
Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor,

Zuschriften bei Veröffentlichung sinngemäß redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.
Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Christine Hempel 0173-61 400 67
E-Mail: hempel@typegerecht.de
Redaktionsschluss: 14. Febr. 2007

Gesamtherstellung:
SLC-GmbH, Badstraße 2, 15344 Strausberg
03341 - 30 94 05 · info@slc-gmbh.de